

Feminismus unter Druck: – der emanzipatorische Gesellschaftsentwurf zwischen Fortschritt, Rückschritt und neoliberaler Anpassung

Feminismus oder feministische Politik befinden sich heute gewissermaßen in einer Zange zwischen Eliten- und Antifeminismus auf der einen Seite und einer prekären Eingemeindung in neoliberale Politikkonzepte auf der anderen Seite. Während der Elitenfeminismus eine Abgrenzung vom und eine Abwertung des ‚alten‘ Feminismus vornimmt, behauptet der Antifeminismus eine Verkehrung der Verhältnisse, eine Diskriminierung von Männern und erhält dafür viel mediale Aufmerksamkeit. Gleichzeitig gilt Gleichstellungspolitik als erfolgreich institutionalisiert, nicht zuletzt durch die Implementierung von Gender Mainstreaming (GM) in den beschäftigungspolitischen Leitlinien des Amsterdamer Vertrages (1997), einige wesentliche gleichstellungspolitische Ziele wurden aber bereits in den 1980er und 1990er Jahren durchgesetzt. Wenngleich Gleichstellungspolitik und GM auf Demokratisierung und Partizipation abzielen, laufen sie durch eine „neoliberale Aneignung“ Gefahr inhaltlich entleert¹ zu werden. Gerade im Kontext von GM wird die Geschlechterdifferenz zunehmend als ‚Verschiedenheit‘ interpretiert, hinter der Herrschaftsverhältnisse sowie soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zum Verschwinden gebracht werden (vgl. Sauer 2008; Weiss 2008).

Die feministische Agenda ist jedoch keineswegs erschöpft: Einkommensberichte weisen Jahr für Jahr nach, dass bei rund 50% der Frauen in Österreich ihr Einkommen nicht zur eigenständigen Sicherung ihrer Existenz ausreicht und so nach wie vor für viele eine persönliche Abhängigkeit gegenüber Partnern/Ehemännern besteht. Ebenso hat sich wenig an der Verteilung der Reproduktionsarbeit geändert – über 70% wird von Frauen erbracht. Zwar engagieren sich Männer inzwischen etwas stärker in der Kindererziehung, die Pflege alter oder kranker Angehöriger bleibt aber nach wie vor eher Frauen überlassen. Der Schwangerschaftsabbruch wurde zwar legalisiert, aber nicht in jedem Bundesland umgesetzt, die Kosten dafür müssen die Frauen nach wie vor selbst tragen. Gewalt gegen Frauen wurde politisiert und es entstanden in den letzten Jahrzehnten entsprechende Einrichtungen – sie sind aber personell und finanziell unterausgestattet. Gleichzeitig beginnt ein ‚reframing von Gewalt gegen Frauen – die Entnennung von Geschlechtergewalt‘ (Sauer 2013). Gewalt wird aus dem Zusammenhang von Geschlechter- bzw. Macht- und Verhältnissen losgelöst und damit ‚verschwindet die Tatsache, dass es um ein geschlechtsspezifisches Delikt geht bzw.

¹ Susanne Schunter-Kleemann (2001) sieht diese Gefahr im Konzept von Gender Mainstreaming insbesondere, solange Beschäftigungspolitik nicht in eine sozialstaatliche Gesamtstrategie eingebettet wird, ansonsten würden allenfalls Verbesserungen für „wertschöpfungsstarke Frauen“ (Schunter-Kleemann 2006) erreicht.

um ein Handeln, dass im Kontext von nach wie vor ungleichen Geschlechterverhältnissen anzusiedeln ist' (vgl. Sauer 2013).

Was wir erleben ist eine Rhetorik der Gleichheit, soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wird schon lange nicht mehr mit der Geschlechterdifferenz gerechtfertigt, offener Sexismus ist weitgehend – wenn auch nicht zur Gänze – verschwunden. Mit der Rhetorik der Gleichheit sind aber subtilere Formen der Diskriminierung an den Platz getreten und es wurde eine Entthematization und Entpolitisierung von Geschlechterungleichheit eingeleitet.

Gelingen konnte dies durch eine Individualisierung der Probleme struktureller Ungleichheit und eine Version des Feminismus – dem Elitenfeminismus – die sich durch eine Abwesenheit von Gesellschaftsanalyse auszeichnet (Klaus 2008) – Hildegard Maria Nickel (2012) spricht etwa von einer „individualistischen Wende in der Feminismus-Debatte“. Feminismus wird so von einer gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischen Frage auf eine persönliche Lebensstilfrage reduziert, die individuell zu bewerkstelligen sei. Damit wird aber auch seine theoretische und politische Leistung – die gleichzeitige Politisierung von Politik, Ökonomie und Kultur sowie die Verwobenheit dieser Bereiche – über Bord geworfen (vgl. Fraser 2009).

Die individualistische Wende, ist dabei aber nicht nur ein Merkmal der Feminismus-Debatte, sondern generelle Strategie neoliberaler Politik, mit der nicht nur die Sozialkritik des Feminismus, sondern auch die Werte der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit und Solidarität – zugunsten einer individualistischen Freiheitsbegriffs – verabschiedet werden.

Der Beitrag möchte (1) auf die offenen und vielen relevanten Themen der „feministischen Agenda“ eingehen, aber auch auf Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen und auf sich verändernde Differenzen zwischen Frauen. Im Weiteren soll (2) der Frage nachgegangen werden, wie und welche feministischen Diskurse/Forderungen werden im Rahmen neoliberaler Politik aufgegriffen wurden, um (3) abschließen darauf einzugehen, welche Strategien dem im Sinn einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik entgegengesetzt werden können.

Literatur:

- Sauer, Birgit (2008). Formwandel politischer Institutionen im Kontext neoliberaler Globalisierung und die Relevanz der Kategorie Geschlecht. In: Rita Casale/Barbara Rendtorff (Hg.): Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung, Bielefeld 237-254.
- Klaus, Elisabeth (2008). Antifeminismus und Elitenfeminismus. Eine Intervention. In: Feministische Studien, Jg. 26, H 2, 176-186.
- Nickel, Hildegard Maria (2012). Aktivistinnen – alte Themen und neue Herausforderungen (Referat a. 02.03.2012), http://www.die-linke.de/fileadmin/frauennewsletter/2011/12/Aktivistinnen_von_Hildegard_Nickel.pdf
- Fraser, Nancy (2009). Feminism, Capitalism and the Cunning of History. In: New Left Review, H 2, Nr. 56, 97-117.